

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

17. September 2020
1 von 3

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **40.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung lade ich ein für

**Donnerstag, 24. September 2020, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.**

**Während der Sitzung sind die Hygiene- und Abstandsregelungen einzuhalten,
und es wird empfohlen, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen.**

Tagesordnung:

1. Waffenbörse

Antrag der SPD-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Norbert Sprafke

- 101.18.1736 -

2. Körperliche und verbale Gewalt gegen KVG-Kontrolleure

Anfrage der AfD-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Michael Werl

- 101.18.1744 -

**3. Resolution: Demokratische Grundwerte bewahren – politisch motivierte
Gewalt verurteilen**

Antrag der AfD-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Richard F. Klock

- 101.18.1745 -

- 4. Videoüberwachung Obere Königsstraße**
Antrag der WfK-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe
- 101.18.1747 -
- 5. Kündigung Markthallen-GmbH**
Antrag der WfK-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe
- 101.18.1750 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)
- 6. Videoüberwachung 2020**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.18.1754 -
- 7. Politisch und religiös motivierter Extremismus in Kassel**
Anfrage der AfD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Michael Werl
- 101.18.1761 -
- 8. Zahl der Bußgeldverfahren bei Corona-Verstößen**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.18.1817 -
- 9. Verzicht auf automatisierte Gesichtserkennung**
Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Volker Berkhout
- 101.18.1827 -
- 10. Integration von Zuwanderern**
Anfrage der AfD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Michael Werl
- 101.18.1830 -
- 11. Die salafistische Szene in Kassel**
Anfrage der AfD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Michael Werl
- 101.18.1831 -

12. Musik in der Gaststätte Bootshaus

Anfrage der WfK-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

- 101.18.1836 -

13. Fahrradstraße Schillerstraße

Anfrage der WfK-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

- 101.18.1837 -

14. Flexiblere Arbeitszeitregelungen und mehr Geschlechtergerechtigkeit für Beschäftigte der Stadt Kassel

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

- 101.18.1838 -

(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)

15. Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der Stadt Kassel

Antrag der SPD-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordnete Petra Ullrich

- 101.18.1852 -

(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Kortmann

Vorsitzender

Niederschrift

über die 40. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

am Donnerstag, 24. September 2020, 17:00 Uhr

im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

7. Oktober 2020

1 von 18

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU

Petra Ullrich, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD

Anja Möller, Mitglied, SPD

Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD

Norbert Sprafke, Mitglied, SPD

Holger Augustin, Mitglied, CDU

Valentino Lipardi, Mitglied, CDU

Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne

Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne

Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke (ab 17.04 Uhr)

Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Freie Wähler (WfK)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates (ab 17.05 Uhr)

Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates (Vertretung für Gerd Walter)

Magistrat

Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung

Sabine John, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Matthias Nölke, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP

Tagesordnung:

- | | |
|---|-------------|
| 1. Waffenbörse | 101.18.1736 |
| 2. Körperliche und verbale Gewalt gegen KVG-Kontrolleure | 101.18.1744 |
| 3. Resolution: Demokratische Grundwerte bewahren - politisch motivierte Gewalt verurteilen | 101.18.1745 |
| 4. Videüberwachung Obere Königsstraße | 101.18.1747 |
| 5. Kündigung Markthallen-GmbH | 101.18.1750 |

6. Videoüberwachung 2020	101.18.1754	2 von 18
7. Politisch und religiös motivierter Extremismus in Kassel	101.18.1761	
8. Zahl der Bußgeldverfahren bei Corona-Verstößen	101.18.1817	
9. Verzicht auf automatisierte Gesichtserkennung	101.18.1827	
10. Integration von Zuwanderern	101.18.1830	
11. Die salafistische Szene in Kassel	101.18.1831	
12. Musik in der Gaststätte Bootshaus	101.18.1836	
13. Fahrradstraße Schillerstraße	101.18.1837	
14. Flexiblere Arbeitszeitregelungen und mehr Geschlechtergerechtigkeit für Beschäftigte der Stadt Kassel	101.18.1838	
15. Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der Stadt Kassel	101.18.1852	

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 17. September 2020 ordnungsgemäß einberufene 40. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Kortmann teilt mit, dass er die Tagesordnungspunkte

- 4. betr. Videoüberwachung Obere Königsstraße, - 101.18.1747 -
und
- 6. betr. Videoüberwachung 2020, - 101.18.1754 -

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam aufrufen wird. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

- 1. **Waffenbörse**
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.1736 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Untersagung der jährlich stattfindenden Waffenbörse zu ergreifen.

Stadtverordneter Sprafke, SPD-Fraktion, begründet den Antrag.

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

3 von 18

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, WfK

Ablehnung: CDU

Enthaltung: --

Abwesend: AfD, FDP+FW+Piraten

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Waffenbörse, 101.18.1736, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

2. Körperliche und verbale Gewalt gegen KVG-Kontrolleure

Anfrage der AfD-Fraktion

- 101.18.1744 -

Anfrage

Immer wieder ist in der lokalen Presseberichterstattung die Rede von Gewalttaten, Beleidigungen sowie mangelndem Respekt gegenüber Einsatzkräften und städtischen Mitarbeitern. Im HNA-Artikel mit dem Titel „Eine Tram gegen Gewalt: Straßenbahn wirbt in Kassel für mehr Respekt“ vom 23. August 2019 äußert sich der KVG-Vorstand Dr. Thorsten Ebert dahingehend, dass keine Woche vergehe „in der die KVG nicht die Polizei anfordern müsse, weil es zu Problemen in Bussen und Bahnen gekommen ist.“ Weitergehend erwähnt er, dass sich besonders Kontrolleure oft Beschimpfungen anhören müssten, wenn sie Schwarzfahrer erwischten haben.

Bereits im HNA-Artikel mit dem Titel „Gewalt gegen Kontrolleure: KVG stellt keine Zunahme fest“ vom 08. Juni 2017 erwähnt der KVG-Sprecher Ingo Pijanka, dass in den quartalsweisen stattfindenden Dienstgesprächen mit den Kontrolleuren häufiger über eine Abnahme von Respekt, insbesondere seitens männlicher Jugendlicher und aus dem Kreise von alkoholisierten Erwachsenen, gesprochen würde.

Wir fragen den Magistrat:

4 von 18

1. Wie viele Arbeitnehmer hat die KVG aktuell und wie viele davon sind derzeit im Bereich der Fahrscheinkontrolle tätig?
2. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitnehmer im Bereich der Fahrscheinkontrolle in den letzten zehn Jahren entwickelt?
3. Wie viele Eigenkündigen gab es im Bereich der Fahrscheinkontrolle in den letzten zehn Jahren pro Jahr aufgeschlüsselt?
4. Wurden Gründe seitens der Arbeitnehmer bei ihrer Eigenkündigung genannt? Falls ja, welche?
5. Wie viele körperlichen Angriffe auf KVG-Kontrolleure gab es pro Jahr in den letzten zehn Jahren?
6. Wie viele Angriffe (körperlicher wie verbaler Art) gab es insgesamt pro Jahr in den letzten zehn Jahren?
7. Hat die KVG Probleme beim Finden von Arbeitnehmern im Bereich der Fahrscheinkontrolle?
8. Gab es seitens von Arbeitnehmern der KVG im Bereich der Fahrscheinkontrolle Anträge auf Versetzung in einen anderen Tätigkeitsbereich?
9. Falls ja, wie viele waren dies in den letzten zehn Jahren pro Jahr aufgeschlüsselt?
10. Falls Frage Nr. 8 bejaht werden würde: Wurden Gründe seitens der Arbeitnehmer bei ihren Anträgen auf Versetzung genannt? Falls ja, welche?
11. Im HNA-Artikel vom 08. Juni 2017 mit dem Titel „Gewalt gegen Kontrolleure: KVG stellt keine Zunahme fest“ wird erwähnt, dass Angriffe gegen Fahrschein-Kontrolleure nicht kategorisiert werden. Warum werden diese Angriffe nicht kategorisiert?
12. Kann der Magistrat einen positiven Effekt auf das Verhalten der Kunden der KVG seit Beginn der Kampagne „Solidarität mit Einsatzkräften – mit Menschlichkeit und Respekt“ feststellen?

Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigelegt.

Vorsitzender Kortmann erklärt die Anfrage für erledigt.

3. Resolution: Demokratische Grundwerte bewahren – politisch motivierte Gewalt verurteilen

Antrag der AfD-Fraktion
- 101.18.1745 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel verurteilt Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und lehnt darüber hinaus auch jegliche andere Form der Gewaltausübung ab. Politisch motivierte Straftaten sind eine Bedrohung für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und machen es erforderlich, dass alle demokratischen Kräfte zusammenstehen, demokratische Grundwerte und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit verteidigen und deutlich artikulieren, dass jeder, der politisch motivierte Gewalt fördert, begünstigt oder verharmlost, den demokratischen Grundkonsens unseres Staates verlässt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: --

Ablehnung: einstimmig

Enthaltung: --

Abwesend: AfD, FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Resolution: Demokratische Grundwerte bewahren – politisch motivierte Gewalt verurteilen, 101.18.1745, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Lipardi

Die Tagesordnungspunkte 4 und 6 werden gemeinsam aufgerufen.

6 von 18

4. Videoüberwachung Obere Königsstraße

Antrag der WfK-Fraktion
- 101.18.1747 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Obere Königsstraße wird nicht, auch nicht in Teilen, videoüberwacht.

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, WfK

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne

Enthaltung: --

Abwesend: AfD, FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der WfK-Fraktion betr. Videoüberwachung Obere Königsstraße, 101.18.1747, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Jürgens

6. Videoüberwachung 2020

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.1754 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, entsprechend den Zusagen von Oberbürgermeister Geselle, noch im Jahr 2020 eine Videoüberwachung in der Innenstadt einzurichten.

Stadtverordneter Augustin, CDU-Fraktion, begründet den Antrag.

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, WfK

Enthaltung: --

Abwesend: AfD, FDP+FW+Piraten

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Videoüberwachung 2020, 101.18.1754, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kaufmann

5. Kündigung Markthallen-GmbH

Antrag der WfK-Fraktion

- 101.18.1750 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat nimmt die gegenüber der Markthallen-GmbH ausgesprochene Kündigung zurück.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, WfK

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne

Enthaltung: --

Abwesend: AfD, FDP+FW+Piraten

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der WfK-Fraktion betr. Kündigung Markthallen-GmbH, 101.18.1750, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Hoppe

6. Videoüberwachung 2020

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.18.1754 -

Der Antrag wurde vorgezogen und zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4 zur Beratung aufgerufen.

7. Politisch und religiös motivierter Extremismus in Kassel

Anfrage der AfD-Fraktion

- 101.18.1761 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche und wie viele Organisationen und Gruppierungen, die vom Magistrat als links- oder rechtsextremistisch eingestuft werden, existieren in der Stadt Kassel? (Bitte nach jeweiliger Form des Extremismus aufschlüsseln.)

Linksextremismus

2. Wie viele Straftaten wurden in der Stadt Kassel in den Jahren 2010 bis 2020 von Tätern verübt, die dem linksextremen Milieu zugeordnet werden können? (Eine chronologische Auflistung wird gewünscht.)
3. Wie viele Festnahmen von Tätern fanden in der Stadt Kassel in den Jahren 2010 bis 2020 statt, die dem linksextremen Milieu zugeordnet werden können? (Eine chronologische Auflistung wird gewünscht.)
4. Welche Projekte und Präventionsprogramme zur Bekämpfung des Linksextremismus werden unterstützt bzw. durchgeführt und in welcher Form unterstützt die Stadt Kassel diese?
5. Wurde im Vorfeld der Neueröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main am 18. März 2015 durch die linksautonome Szene in Kassel gegen diese mobilisiert?

6. Wurde im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg am 07. und 08. Juli 2017 durch die linksautonome Szene in Kassel gegen diesen mobilisiert? 9 von 18
7. Falls die Fragen 5 und 6 bejaht werden: In welchen Internetforen wurde hierzu mobilisiert und welche Organisationen und Gruppierungen waren daran beteiligt?
8. Waren unter den festgenommenen Tätern in Frankfurt a. M. und Hamburg auch polizeilich bekannte Personen der linksautonomen Szene aus der Stadt Kassel und falls ja, wie viele?
9. Wie viele Personen des linksextremistischen Spektrums werden in der Stadt Kassel als gewaltbereit eingeschätzt und welche Erkenntnisse liegen dem Magistrat diesbezüglich vor?
10. Sind dem Magistrat in der Stadt Kassel Stadtteile bekannt, in denen linksextreme Strömungen und entsprechende Aktivitäten verhältnismäßig stark verbreitet sind und falls ja, welche sind dies?

Rechtsextremismus

11. Wie viele Straftaten wurden in der Stadt Kassel in den Jahren 2010 bis 2020 von Tätern verübt, die dem rechtsextremen Milieu zugeordnet werden können? (Eine chronologische Auflistung wird gewünscht.)
12. Wie viele Festnahmen von Tätern fanden in der Stadt Kassel in den Jahren 2010 bis 2020 statt, die dem rechtsextremen Milieu zugeordnet werden können? (Eine chronologische Auflistung wird gewünscht.)
13. Welche Projekte und Präventionsprogramme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus werden unterstützt bzw. durchgeführt und in welcher Form unterstützt die Stadt Kassel diese?
14. Wie viele Personen des rechtsextremistischen Spektrums werden in der Stadt Kassel als gewaltbereit eingeschätzt und welche Erkenntnisse liegen dem Magistrat diesbezüglich vor?
15. Sind dem Magistrat in der Stadt Kassel Stadtteile bekannt, in denen rechtsextreme Strömungen und entsprechende Aktivitäten verhältnismäßig stark verbreitet sind und falls ja, welche sind dies?

religiös motivierter Extremismus/Islamismus/Salafismus

16. Existieren in der Stadt Kassel Organisationen bzw. Gruppierungen, die dem religiös motivierten Extremismus bzw. dem Islamismus/Salafismus zuzuordnen sind und falls ja, welche sind dies?

17. Wie viele Personen, die der islamistischen/salafistischen Szene zugeordnet werden, befinden sich derzeit in der Stadt Kassel?
18. Falls Frage Nr. 17 beantwortet werden Kann: Wie viele davon werden als gewaltbereit und radikal eingestuft?
19. Liegen der Stadt Kassel Erkenntnisse über den Aufenthalt von IS-Kämpfern im Stadtgebiet vor, welche aus den Bürgerkriegsgebieten in und um Syrien zurückgekehrt sind?
20. Verfügt die Stadt Kassel über ein ressortübergreifendes Konzept zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus bzw. zur Deradikalisierung von betroffenen Personen?
21. Falls Frage 20 bejaht wird: Welche Maßnahmen hat die Stadt Kassel bislang durchgeführt, um Personen, welche als religiös motivierte Extremisten identifiziert wurden, zum Ausstieg zu bewegen und mit welchem Erfolg wurden solche Maßnahmen durchgeführt?
22. Falls Frage 20 verneint wird: Wird in Zukunft ein solches Konzept ggf. in Abstimmung mit anderen Städten, Landkreisen oder dem Land Hessen erarbeitet?
23. Inwieweit sind die Moscheegemeinden in die Maßnahmen zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus eingebunden? (Die Darstellung einer Bewertung dieser Zusammenarbeit wird gewünscht.)
24. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat über die Bedeutung der Schule als Ausgangsort bzw. Umfeld für eine etwaige Radikalisierung von muslimischen Jugendlichen und welchen Konsequenzen zieht sie daraus?
25. Beobachtet der Magistrat seit September 2015 einen Anstieg antisemitischen Gedankenguts in der Stadt Kassel und falls ja, worin liegen nach Auffassung des Magistrats die Gründe für diesen wachsenden Antisemitismus?

Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Vorsitzender Kortmann erklärt die Anfrage für erledigt.

8. Zahl der Bußgeldverfahren bei Corona-Verstößen

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1817 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Anzeigen wegen Ordnungswidrigkeiten in Zusammenhang mit Covid-19 sind seit März bei der Stadt Kassel eingegangen?
2. Wie viele dieser Anzeigen wurden durch die Stadt Kassel verfolgt?
3. Wie viele dieser Anzeigen wurden eingestellt und nicht verfolgt und wer hat das mit welcher Begründung entschieden?
4. Wie viele Bußgeldverfahren wurden wegen Verstößen gegen die Corona-Regeln in Kassel eingeleitet?
5. Wo werden die Anzeigen der KVG und Polizei wegen Ordnungswidrigkeiten in Zusammenhang mit Covid-19 bei der Stadt Kassel bearbeitet?
6. Welche Einnahmen durch Bußgeldbescheide sind aktuell zu erwarten?
7. Zu welchen Corona-Regeln führt die Stadt Kassel besonders intensiv Kontrollen durch und wie ist die Erfahrung damit?
8. Was sind die Hauptverstöße, die zu Bußgeldverfahren führen?
9. Stehen die Verstöße eher in Zusammenhang mit Festen und Feiern, z. B. in Parks und im Umfeld von Kneipen oder privaten Veranstaltungen und Alltagshandlungen wie Fahren von Bus und Bahn ohne Maske?
10. Wie bewertet der Magistrat die Situation?
11. Sind ggf. Verschärfungen von Kontrollen geplant?

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage. Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigelegt.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

9. Verzicht auf automatisierte Gesichtserkennung
Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
- 101.18.1827 -

12 von 18

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, stets aktuell zu veröffentlichen, welche Überwachungstechnologien von Ordnungsbehörden und Polizei in der Stadt Kassel eingesetzt werden. Der Einsatz neuer Technologien ist den Stadtverordneten vor dem Einsatz anzukündigen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel erkennt die großen Gefahren und den schweren Eingriff in die Grundrechte und Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger durch den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware. Deswegen schließt sie für ihren Zuständigkeitsbereich den Einsatz von Technologien aus, die Personen anhand biometrischer Merkmale in Videoaufzeichnungen identifizieren und fordert den Oberbürgermeister und die Polizei auf, im Stadtgebiet ebenfalls auf den Einsatz dieser Technologie zu verzichten.
3. Der Magistrat wird aufgefordert, mit der Deutschen Bahn Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel auch am Bahnhof Wilhelmshöhe die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und vor den schwerwiegenden Eingriffen durch die Gesichtserkennung zu schützen.

Vorsitzender Kortmann stellt fest, dass die Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten nicht anwesend ist und schlägt daher vor, den Antrag heute nicht zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

10. Integration von Zuwanderern
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.1830 -

Anfrage

Seit Juli 2015 kamen in kürzester Zeit mehr als zwei Millionen Zuwanderer in die Bundesrepublik Deutschland, die in der Regel Asylanträge stellten und nach einem festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer bzw. Kommunen verteilt wurden. Die Bundesregierung behauptete über einen langen Zeitraum, dass es sich bei diesen Personen ganz überwiegend um „Fachkräfte“ handelt, deren Integration binnen kürzester Zeit problemlos gelingen würde. Inzwischen sind fast fünf Jahre vergangen, so dass die Ergebnisse der Integrationsbemühungen beurteilbar sein sollten.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele der seit 01. Juli 2015 als „Schutzsuchende“ in die Bundesrepublik Deutschland eingereiste Personen wurden der Stadt Kassel insgesamt zugewiesen?
2. Wie viele der unter 1. aufgeführten Personen leben derzeit in Kassel?
3. Wie ist der aktuelle Aufenthaltsstatus der unter 2. genannten Personen (anerkannte Asylbewerber, ausreisepflichtige Personen, subsidiär Schutzberechtigte etc.)?
4. Wie viele der unter 2. genannten Personen haben erfolgreich einen Deutschkurs besucht und wie sind deren nachgewiesene Sprachkenntnisse gemäß dem europäischen Referenzrahmen?
5. Wie viele der unter 2. genannten Personen haben eine abgeschlossene nachgewiesene Schulbildung in ihrem Heimatland (Bitte mit Angabe des jeweiligen Abschlusses)?
6. Wie viele der unter 2. genannten Personen haben eine abgeschlossene nachgewiesene Berufsausbildung in ihrem Heimatland (Bitte mit Angabe des jeweiligen Ausbildungsberufs)?
7. Wie viele der unter 2. genannten Personen haben in ihrem Heimatland nachweisbar ein Studium abgeschlossen (Bitte mit Angabe der jeweiligen Fachrichtung)?
8. Bei wie vielen der unter 5. bis 7. genannten Personen wurde die jeweilige Qualifikation in der Bundesrepublik als gleichwertig anerkannt?
9. Wie viele der unter 2. genannten Personen erhalten Transferleistungen?
10. Wie viele der unter 2. genannten Personen – soweit sie zwischen 18 und 65 Jahre alt sind – befinden sich derzeit in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis?
11. Wie viele der unter 10. genannten Personen erhalten zusätzliche Transferleistungen (Bitte mit Angabe in absoluter Häufigkeit und in Prozent)?
12. Wie viele der unter 10. genannten sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen befinden sich in einem Beschäftigungsverhältnis entsprechend ihrer beruflichen Qualifikationen?

Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigelegt.

Vorsitzender Kortmann erklärt die Anfrage für erledigt.

11. Die salafistische Szene in Kassel

Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.1831 -

Anfrage

Der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Ismail Tipi kritisiert in einem Beitrag vom 31.12.2019 auf der Internetseite „Tichys Einblick“ den islamischen Salafismus:

<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/ismail-tipi-klartext/viele-frauen-noch-mehr-kinder-die-salafistische-geburten-strategie/> (zuletzt aufgerufen am 28.08.2020).

Zum Ende des Artikels, der mögliche Wege der Radikalisierung und neueste Entwicklungen innerhalb der salafistischen Szene beleuchtet, erhebt Tipi folgende Forderungen, deren Umsetzung er für „dringend“ geboten hält:

1. Das Verbot aller salafistischen Aktivitäten durch bundesweites Betätigungsverbot.
2. Das Schließen salafistischer Hinterhofmoscheen.
3. Die rechtsstaatliche Verfolgung und Verurteilung aller Hassprediger und Hinterhof-Imame, insbesondere die steuer- und strafrechtliche Verfolgung von Pierre Vogel und seinen Gesinnungsgenossen.
4. Die Einführung eines Schleier- und Kopftuchverbots für Mädchen unter 14 Jahren in Kindergarten und Schulen im Sinne der Religionsmündigkeit und Religionsfreiheit unseres Grundgesetzes.
5. Die Verstärkung der Aufklärungs- und Präventionsarbeit und den Ausbau von Aussteigerprogrammen zum Schutze der Bürgerinnen und Bürger und zum Wohle der Demokratie.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie schätzt der Magistrat die Entwicklung der salafistischen Szene in Kassel in den letzten zehn Jahren ein?
2. Welche Rolle spielt die Stadt Kassel für die salafistische Szene in Nordhessen?

3. Welche Moscheen oder islamischen Gebetsräume im Kasseler Stadtgebiet sind in der Vergangenheit durch salafistische Propaganda aufgefallen? 15 von 18
4. Welche Meinung vertritt die Stadt Kassel hinsichtlich eines möglichen Schleier- und Kopftuchverbots für Mädchen unter 14 Jahren?
5. Hat der Salafismus in Kassel in den vergangenen Jahren durch die verstärkte Aufnahme von Asylbewerbern, insbesondere seit 2015, neuen Zulauf erfahren?
6. Mit welchen Programmen der Aufklärungs- und Präventionsarbeit hinsichtlich des Salafismus wird in Kassel gearbeitet und seit wann?
7. Wie viele Personen konnten im Rahmen dieser Aufklärungs- und Präventionsarbeit zum Ausstieg aus der salafistischen Szene bewegt werden?
8. Welche weiteren Erfolge konnten durch diese Programme bisher erreicht werden?
9. Welche präventiven Projekte mit „lokalen Kooperationspartnern, Moscheegemeinden und Kulturvereinen etc.“ wurden bisher in Kassel gefördert?
10. Werden entsprechende Initiativen im Rahmen des Hessischen sowie Deutschen Städtetages von der Stadt Kassel vorangetrieben?
11. Welche Arten von Extremismus sieht der Magistrat aktuell als größte Herausforderungen für die Stadt Kassel an?

Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigelegt.

Vorsitzender Kortmann erklärt die Anfrage für erledigt.

12. Musik in der Gaststätte Bootshaus

Anfrage der WfK-Fraktion

- 101.18.1836 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Warum verfügt der Magistrat für die Gaststätte Bootshaus das Unterlassen von Musikdarbietungen im Wirtschaftsgarten und in desgleichen aus dem umbauten

Gastronomiebetrieb heraus und geht nicht gegen die angeblich sechs Tänzer vor, die gegen das Tanzverbot verstoßen haben?

16 von 18

Stadtverordneter Dr. Hoppe, WfK-Fraktion, begründet die Anfrage.

Stadtrat Stochla verweist auf die laufenden Verfahren beim Verwaltungsgericht. Auskünfte dazu können daher nicht erteilt werden.

Vorsitzender Kortmann erklärt die Anfrage für erledigt.

13. Fahrradstraße Schillerstraße

Anfrage der WfK-Fraktion
- 101.18.1837 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

An welchen Tagen seit der Einrichtung einer Fahrradstraße in der Schillerstraße wurden dort Verkehrskontrollen durchgeführt?

Wie viele Verkehrsverstöße wurden festgestellt?

Stadtverordneter Dr. Hoppe, WfK-Fraktion, begründet die Anfrage.

Stadtrat Stochla gibt einen kurzen Einblick in die Planungen zu Fahrradstraßen in Kassel und erläutert, dass er wegen mangelnder Zuständigkeit des Magistrats keine weiteren Angaben zur Anfrage geben kann.

Vorsitzender Kortmann erklärt die Anfrage für erledigt.

14. Flexiblere Arbeitszeitregelungen und mehr Geschlechtergerechtigkeit für Beschäftigte der Stadt Kassel

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1838 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Beschäftigten der Stadt Kassel können den Beginn ihrer Arbeitszeit, dort wo es der Arbeitsablauf zulässt, frei wählen. Beschäftigten, die ihre Arbeit erst nach

9 Uhr morgens beginnen, entstehen durch den späteren Arbeitsbeginn keine Nachteile.

17 von 18

Führungspositionen werden so gestaltet, dass sie auch in Teilzeit ausgeübt werden können. Führen im Team wird gefördert. Beschäftigte in Führungspositionen können ohne Nachteile befürchten zu müssen ihre Arbeitszeit reduzieren. Teilzeitbeschäftigte haben bei vergleichbarer Qualifikation gleiche Chancen auf Beförderung wie die Vollzeitbeschäftigten, auch wenn sie weiterhin in Teilzeit arbeiten möchten. Teilzeitbeschäftigte werden ermuntert sich auf Führungspositionen zu bewerben.

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag.

Im Anschluss beantwortet Stadtrat Stochla die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, WfK

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne

Enthaltung: --

Abwesend: AfD, FDP+FW+Piraten

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Flexiblere Arbeitszeitregelungen und mehr Geschlechtergerechtigkeit für Beschäftigte der Stadt Kassel, 101.18.1838, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Augustin

15. Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der Stadt Kassel

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.18.1852 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der Stadt Kassel wird dahingehend geändert, dass der Seniorenbeirat und Behindertenbeirat die gleichen Rechte

wie der Ausländerbeirat erhalten und für jeden Ortsbeirat eine/n Vertreter/in
und eine/n Stellvertreter/in benennen dürfen.

18 von 18

Stadtverordnete Ullrich, SPD-Fraktion, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: AfD, FDP+FW+Piraten

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu
fassen:

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der
Stadt Kassel, 101.18.1852, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Ullrich

Ende der Sitzung: 18:26 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
buero@spd-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1736

17. Juni 2020
1 von 1

Waffenbörse

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Untersagung der jährlich stattfindenden Waffenbörse zu ergreifen.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Norbert Sprafke

gez. Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.1744

Körperliche und verbale Gewalt gegen KVG-Kontrolleure

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Immer wieder ist in der lokalen Presseberichterstattung die Rede von Gewalttaten, Beleidigungen sowie mangelndem Respekt gegenüber Einsatzkräften und städtischen Mitarbeitern. Im HNA-Artikel mit dem Titel „Eine Tram gegen Gewalt: Straßenbahn wirbt in Kassel für mehr Respekt“ vom 23. August 2019 äußert sich der KVG-Vorstand Dr. Thorsten Ebert dahingehend, dass keine Woche vergehe „in der die KVG nicht die Polizei anfordern müsse, weil es zu Problemen in Bussen und Bahnen gekommen ist.“ Weitergehend erwähnt er, dass sich besonders Kontrolleure oft Beschimpfungen anhören müssten, wenn sie Schwarzfahrer erwischt haben.

Bereits im HNA-Artikel mit dem Titel „Gewalt gegen Kontrolleure: KVG stellt keine Zunahme fest“ vom 08. Juni 2017 erwähnt der KVG-Sprecher Ingo Pijanka, dass in den quartalsweisen stattfindenden Dienstgesprächen mit den Kontrolleuren häufiger über eine Abnahme von Respekt, insbesondere seitens männlicher Jugendlicher und aus dem Kreise von alkoholisierten Erwachsenen, gesprochen würde.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Arbeitnehmer hat die KVG aktuell und wie viele davon sind derzeit im Bereich der Fahrscheinkontrolle tätig?
2. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitnehmer im Bereich der Fahrscheinkontrolle in den letzten zehn Jahren entwickelt?
3. Wie viele Eigenkündigen gab es im Bereich der Fahrscheinkontrolle in den letzten zehn Jahren pro Jahr aufgeschlüsselt?

4. Wurden Gründe seitens der Arbeitnehmer bei ihrer Eigenkündigung genannt? Falls ja, welche? 2 von 2
5. Wie viele körperlichen Angriffe auf KVG-Kontrolleure gab es pro Jahr in den letzten zehn Jahren?
6. Wie viele Angriffe (körperlicher wie verbaler Art) gab es insgesamt pro Jahr in den letzten zehn Jahren?
7. Hat die KVG Probleme beim Finden von Arbeitnehmern im Bereich der Fahrscheinkontrolle?
8. Gab es seitens von Arbeitnehmern der KVG im Bereich der Fahrscheinkontrolle Anträge auf Versetzung in einen anderen Tätigkeitsbereich?
9. Falls ja, wie viele waren dies in den letzten zehn Jahren pro Jahr aufgeschlüsselt?
10. Falls Frage Nr. 8 bejaht werden würde: Wurden Gründe seitens der Arbeitnehmer bei ihren Anträgen auf Versetzung genannt? Falls ja, welche?
11. Im HNA-Artikel vom 08. Juni 2017 mit dem Titel „Gewalt gegen Kontrolleure: KVG stellt keine Zunahme fest“ wird erwähnt, dass Angriffe gegen Fahrschein-Kontrolleure nicht kategorisiert werden. Warum werden diese Angriffe nicht kategorisiert?
12. Kann der Magistrat einen positiven Effekt auf das Verhalten der Kunden der KVG seit Beginn der Kampagne „Solidarität mit Einsatzkräften - mit Menschlichkeit und Respekt“ feststellen?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Michael Werl

gez. Michael Werl
Fraktionsvorsitzender

- III -



Anfrage der AfD-Fraktion zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Fragesteller: Stadtverordneter Michael Werl; Vorlage-Nr.: 101.18.1744

Körperliche und verbale Gewalt gegen KVG-Kontrolleure

„Vor diesem Hintergrund fragen wir den Magistrat:

1. Wie viele Arbeitnehmer hat die KVG aktuell und wie viele davon sind derzeit im Bereich der Fahrscheinkontrolle tätig?
2. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitnehmer im Bereich der Fahrscheinkontrolle in den letzten zehn Jahren entwickelt?
3. Wie viele Eigenkündigungen gab es im Bereich der Fahrscheinkontrolle in den letzten zehn Jahren pro Jahr aufgeschlüsselt?
4. Wurden Gründe seitens der Arbeitnehmer bei der Eigenkündigung genannt? Falls ja, welche?
5. Wie viele körperliche Angriffe auf KVG-Kontrolleure gab es pro Jahr in den letzten zehn Jahren?
6. Wie viele Angriffe (körperlicher wie verbaler Art) gab es insgesamt pro Jahr in den letzten zehn Jahren?
7. Hat die KVG Probleme beim Finden von Arbeitnehmern im Bereich der Fahrscheinkontrolle?
8. Gab es seitens von Arbeitnehmern der KVG im Bereich der Fahrscheinkontrolle Anträge auf Versetzung in einen anderen Tätigkeitsbereich?
9. Falls ja, wie viele waren dies in den letzten zehn Jahren pro Jahr aufgeschlüsselt?
10. Falls Frage Nr. 8 bejaht werden würde: Wurden Gründe seitens der Arbeitnehmer bei ihren Anträgen auf Versetzung genannt? Falls ja, welche?
11. Im HNA-Artikel vom 08. Juni 2017 mit dem Titel „Gewalt gegen Kontrolleure: KVG stellt keine Zunahme fest“ wird erwähnt, dass Angriffe gegen Fahrschein-Kontrolleure nicht kategorisiert werden: Warum werden diese Angriffe nicht kategorisiert?
12. Kann der Magistrat einen positiven Effekt auf das Verhalten der Kunden der KVG seit Beginn der Kampagne „Solidarität mit Einsatzkräften – mit Menschlichkeit und Respekt“ feststellen?“

Stellungnahme:

Die KVG nimmt zur Anfrage wie folgt Stellung:

„Die KVG hat rund 780 Beschäftigte (Stand 12/2019) von denen z.Zt. 16 im Bereich der Fahrausweisprüfung (überwiegend in Straßenbahnen) tätig sind; durch den generellen Vordereinstieg bei Bussen werden hier Fahrausweise ergänzend auch durch Fahrpersonale regelmäßig geprüft.

In den letzten zehn Jahren hat sich der Aufwand für die Durchführung von Fahrausweisprüfungen nicht grundlegend verändert. Der Empfehlung des ÖPNV-Branchenverbands VDV folgend, wurde und wird durch die KVG angestrebt, für einen Anteil von etwa 1,5% aller Fahrgäste das Vorhandensein eines gültigen Fahrausweises zu prüfen.

Bei heute gut 46 Mio. Fahrgästen pro Jahr bedeutet das eine Fahrausweisprüfung von 750-800 Tsd. Personen, was in der Regel in den letzten 10 Jahren erreicht wurde.

Trotz der auch psychisch anspruchsvollen Tätigkeit gab es bisher keine auffälligen Abweichungen bezüglich Fluktuation bei Prüfpersonalen gegenüber Beschäftigten mit anderen Tätigkeitsmerkmalen.

Soweit überhaupt KVG-intern bekannt, sind - mit wenigen Ausnahmen - Wechsel in andere Tätigkeitsbereiche (z. B. Fahrdienst) oder Arbeitgeberwechsel durch persönliche individuelle Motive (z. B. Wohnortwechsel oder berufliche Entwicklung) erfolgt.

Eine Zunahme körperlicher Angriffe gegenüber Beschäftigten in der Fahrausweisprüfung kann für die vergangenen zehn Jahre nicht festgestellt werden, die Häufigkeit liegt auf einem überschaubaren Niveau und weist keine auffälligen Abweichungen von branchenüblichen Kennwerten vergleichbarer Städte auf.

Dass die Zahl verbaler Anfeindungen im Vergleich dazu um ein Vielfaches höher liegt, ist sehr bedauerlich und gehört leider zu den unschönen Seiten dieser beruflichen Tätigkeit.

Auch deshalb werden Beschäftigte in diesem Tätigkeitsbereich durch die KVG mit regelmäßigen Deeskalationstrainings und -übungen für einen professionellen Umgang mit schwierigen Situationen geschult und unterstützt.“

Der Magistrat geht davon aus, dass die entsprechende Gestaltung der KVG-Straßenbahn einen positiven -jedoch nicht messbaren Effekt- auf das Verhalten der Fahrgäste und Passanten hat.

In Vertretung



Uwe Bischoff

AfD

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

26. Juni 2020
1 von 2

Vorlage Nr. 101.18.1745

Resolution: Demokratische Grundwerte bewahren - politisch motivierte Gewalt verurteilen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel verurteilt Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und lehnt darüber hinaus auch jegliche andere Form der Gewaltausübung ab. Politisch motivierte Straftaten sind eine Bedrohung für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und machen es erforderlich, dass alle demokratischen Kräfte zusammenstehen, demokratische Grundwerte und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit verteidigen und deutlich artikulieren, dass jeder, der politisch motivierte Gewalt fördert, begünstigt oder verharmlost, den demokratischen Grundkonsens unseres Staates verlässt.

Begründung:

Politisch motivierte Kriminalität nimmt seit 2015 immer weiter zu. Insbesondere Politiker werden in Deutschland immer häufiger Zielscheibe von Hass, Hetze und Gewalt. Zerstörung von Büros oder Eigentum, Hassmails, Bedrohung oder Gewaltanwendung gegen Vertreter der (lokalen) Politik scheinen an der Tagesordnung.

Auch in der Stadt Kassel sind diese Entwicklungen zu beobachten. Wie der spärlichen Berichterstattung der HNA vom 27. März 2020 auf Seite 12 zu entnehmen war, haben Unbekannte in der Nacht vom 20. März 2020 die

Frontscheibe des Autos des AfD-Stadtverordneten und stellv. Fraktionsvorsitzenden Sven R. Dreyer eingeschlagen, alle Reifen plattgestochen und die Fahrzeugfront - neben dem kommunistischen Symbol Hammer und Sichel - mit der Drohung „DREYER WIR KRIEGEN DICH“ versehen. Darüber hinaus seien an die Beschmierungen der Kasseler SPD- und CDU-Geschäftsstellen im Jahre 2016 erinnert oder an die anonyme E-Mail mit Gewaltandrohung gegenüber einem Stadtverordneten der CDU-Fraktion im Jahre 2017.

Nicht unerwähnt bleiben soll auch die Attacke gegen die Kanzlei des Kasseler AfD-Politikers Manfred Mattis Anfang des Jahres 2017, dem pflastersteingroße Steine durch die Fensterscheiben seiner Kanzlei geworfen wurden sowie die neuerliche Beschmierung der Fassade seines Privathauses mit Farbbeuteln Ende Mai 2020.

Die Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Kassel ist daher in der Pflicht, sich öffentlich zu äußern und solche Vorfälle klar zu verurteilen. Die Zunahme politisch motivierter Gewalt sowie das Erstarken links- und rechtsextremistischer Strukturen sind eine für die demokratische Gesellschaft beunruhigende Entwicklung, die nicht unwidersprochen hingenommen werden kann und darf.

Aufgrund dieser besorgniserregenden Entwicklungen in Deutschland setzen alle Fraktionen in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung gemeinsam mit dieser Resolution ein Zeichen für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung sowie für Freiheit und Demokratie.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Richard F. Klock

gez. Michael Werl
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.1747

30. Juni 2020
1 von 1

Videoüberwachung Obere Königsstraße

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Obere Königsstraße wird nicht, auch nicht in Teilen, videoüberwacht.

Begründung:

An öffentlich zugänglichen Orten dürfen Polizei und Kommunen Videokameras nur einsetzen, soweit dies zur Gefahrenabwehr erforderlich ist. Die konkreten rechtlichen Voraussetzungen dazu ergeben sich aus dem Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (§ 14 Abs. 3 und 4 HSOG). Diese Voraussetzungen liegen für die Obere Königsstraße nicht vor.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

gez. Dr. Bernd Hoppe
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.1750

1. Juli 2020
1 von 1

Kündigung Markthallen-GmbH

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
und in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat nimmt die gegenüber der Markthallen-GmbH ausgesprochene
Kündigung zurück.

Begründung:

Die Kündigung des Vertrages der Stadt Kassel mit der Markthallen-GmbH ist keine
Angelegenheit der laufenden Verwaltung. Als wichtige Angelegenheit fällt sie in
den Zuständigkeitsbereich der Stadtverordnetenversammlung. Diese
Rechtsauffassung hat bisher auch der Magistrat vertreten und Entscheidungen
bezüglich des Bestandes dieses Vertrages stets durch die
Stadtverordnetenversammlung beschließen lassen. Trotz des rechtswidrigen
Verhaltens des Magistrats ist die Kündigung im Außenverhältnis bis zu ihrer
Rücknahme wirksam.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

gez. Dr. Bernd Hoppe
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.1754

10. Juli 2020
1 von 1

Videüberwachung 2020

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, entsprechend den Zusagen von Oberbürgermeister Geselle, noch im Jahr 2020 eine Videoüberwachung in der Innenstadt einzurichten.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Michael von Räden
Fraktionsvorsitzender

AfD

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

21. Juli 2020
1 von 3

Vorlage Nr. 101.18.1761

Politisch und religiös motivierter Extremismus in Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche und wie viele Organisationen und Gruppierungen, die vom Magistrat als links- oder rechtsextremistisch eingestuft werden, existieren in der Stadt Kassel? (Bitte nach jeweiliger Form des Extremismus aufschlüsseln.)

Linksextremismus

2. Wie viele Straftaten wurden in der Stadt Kassel in den Jahren 2010 bis 2020 von Tätern verübt, die dem linksextremen Milieu zugeordnet werden können? (Eine chronologische Auflistung wird gewünscht.)
3. Wie viele Festnahmen von Tätern fanden in der Stadt Kassel in den Jahren 2010 bis 2020 statt, die dem linksextremen Milieu zugeordnet werden können? (Eine chronologische Auflistung wird gewünscht.)
4. Welche Projekte und Präventionsprogramme zur Bekämpfung des Linksextremismus werden unterstützt bzw. durchgeführt und in welcher Form unterstützt die Stadt Kassel diese?
5. Wurde im Vorfeld der Neueröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main am 18. März 2015 durch die linksautonome Szene in Kassel gegen diese mobilisiert?
6. Wurde im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg am 07. und 08. Juli 2017 durch die linksautonome Szene in Kassel gegen diesen mobilisiert?

7. Falls die Fragen 5 und 6 bejaht werden: In welchen Internetforen wurde hierzu mobilisiert und welche Organisationen und Gruppierungen waren daran beteiligt?
8. Waren unter den festgenommenen Tätern in Frankfurt a. M. und Hamburg auch polizeilich bekannte Personen der linksautonomen Szene aus der Stadt Kassel und falls ja, wie viele?
9. Wie viele Personen des linksextremistischen Spektrums werden in der Stadt Kassel als gewaltbereit eingeschätzt und welche Erkenntnisse liegen dem Magistrat diesbezüglich vor?
10. Sind dem Magistrat in der Stadt Kassel Stadtteile bekannt, in denen linksextreme Strömungen und entsprechende Aktivitäten verhältnismäßig stark verbreitet sind und falls ja, welche sind dies?

Rechtsextremismus

11. Wie viele Straftaten wurden in der Stadt Kassel in den Jahren 2010 bis 2020 von Tätern verübt, die dem rechtsextremen Milieu zugeordnet werden können? (Eine chronologische Auflistung wird gewünscht.)
12. Wie viele Festnahmen von Tätern fanden in der Stadt Kassel in den Jahren 2010 bis 2020 statt, die dem rechtsextremen Milieu zugeordnet werden können? (Eine chronologische Auflistung wird gewünscht.)
13. Welche Projekte und Präventionsprogramme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus werden unterstützt bzw. durchgeführt und in welcher Form unterstützt die Stadt Kassel diese?
14. Wie viele Personen des rechtsextremistischen Spektrums werden in der Stadt Kassel als gewaltbereit eingeschätzt und welche Erkenntnisse liegen dem Magistrat diesbezüglich vor?
15. Sind dem Magistrat in der Stadt Kassel Stadtteile bekannt, in denen rechtsextreme Strömungen und entsprechende Aktivitäten verhältnismäßig stark verbreitet sind und falls ja, welche sind dies?

religiös motivierter Extremismus/Islamismus/Salafismus

16. Existieren in der Stadt Kassel Organisationen bzw. Gruppierungen, die dem religiös motivierten Extremismus bzw. dem Islamismus/Salafismus zuzuordnen sind und falls ja, welche sind dies?
17. Wie viele Personen, die der islamistischen/salafistischen Szene zugeordnet werden, befinden sich derzeit in der Stadt Kassel?

18. Falls Frage Nr. 17 beantwortet werden Kann: Wie viele davon werden als gewaltbereit und radikal eingestuft?
19. Liegen der Stadt Kassel Erkenntnisse über den Aufenthalt von IS-Kämpfern im Stadtgebiet vor, welche aus den Bürgerkriegsgebieten in und um Syrien zurückgekehrt sind?
20. Verfügt die Stadt Kassel über ein ressortübergreifendes Konzept zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus bzw. zur Deradikalisierung von betroffenen Personen?
21. Falls Frage 20 bejaht wird: Welche Maßnahmen hat die Stadt Kassel bislang durchgeführt, um Personen, welche als religiös motivierte Extremisten identifiziert wurden, zum Ausstieg zu bewegen und mit welchem Erfolg wurden solche Maßnahmen durchgeführt?
22. Falls Frage 20 verneint wird: Wird in Zukunft ein solches Konzept ggf. in Abstimmung mit anderen Städten, Landkreisen oder dem Land Hessen erarbeitet?
23. Inwieweit sind die Moscheegemeinden in die Maßnahmen zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus eingebunden? (Die Darstellung einer Bewertung dieser Zusammenarbeit wird gewünscht.)
24. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat über die Bedeutung der Schule als Ausgangsort bzw. Umfeld für eine etwaige Radikalisierung von muslimischen Jugendlichen und welchen Konsequenzen zieht sie daraus?
25. Beobachtet der Magistrat seit September 2015 einen Anstieg antisemitischen Gedankenguts in der Stadt Kassel und falls ja, worin liegen nach Auffassung des Magistrats die Gründe für diesen wachsenden Antisemitismus?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Michael Werl

gez. Michael Werl
Fraktionsvorsitzender

- 32 -
Ordnungsamt

Kassel, 14. August 2020
Herr Krebs
Tel. 70 65

Stadt Kassel – Magistrat
Dezernat III

Eing. 17. Aug. 2020

-32- -36- -37- -66- -70-

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel.

Eing.: 01. OKT. 2020

Wa

An

- III -

Anfrage der AfD-Fraktion vom 21. Juli 2020 zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
Vorlage Nr. 101.18.1761 – politisch und religiös motivierter Extremismus in Kassel

Berichterstatter: Stadtverordneter Michael Werl

Anfrage:

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche und wie viele Organisationen und Gruppierungen, die vom Magistrat als links- oder rechtsextremistisch eingestuft werden, existieren in der Stadt Kassel? (Bitte nach jeweiliger Form des Extremismus aufschlüsseln.)

Linksextremismus

2. Wie viele Straftaten wurden in der Stadt Kassel in den Jahren 2010 bis 2020 von Tätern verübt, die dem linksextremen Milieu zugeordnet werden können? (Eine chronologische Auflistung wird gewünscht.)
3. Wie viele Festnahmen von Tätern fanden in der Stadt Kassel in den Jahren 2010 bis 2020 statt, die dem linksextremen Milieu zugeordnet werden können? (Eine chronologische Auflistung wird gewünscht.)
4. Welche Projekte und Präventionsprogramme zur Bekämpfung des Linksextremismus werden unterstützt bzw. durchgeführt und in welcher Form unterstützt die Stadt Kassel diese?
5. Wurde im Vorfeld der Neueröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main am 18. März 2015 durch die linksautonome Szene in Kassel gegen diese mobilisiert?
6. Wurde im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg am 07. und 08. Juli 2017 durch die linksautonome Szene in Kassel gegen diesen mobilisiert?

7. Falls die Fragen 5 und 6 bejaht werden: In welchen Internetforen wurde hierzu mobilisiert und welche Organisationen und Gruppierungen waren daran beteiligt?
8. Waren unter den festgenommenen Tätern in Frankfurt a. M. und Hamburg auch polizeilich bekannte Personen der linksautonomen Szene aus der Stadt Kassel und falls ja, wie viele?
9. Wie viele Personen des linksextremistischen Spektrums werden in der Stadt Kassel als gewaltbereit eingeschätzt und welche Erkenntnisse liegen dem Magistrat diesbezüglich vor?
10. Sind dem Magistrat in der Stadt Kassel Stadtteile bekannt, in denen linksextreme Strömungen und entsprechende Aktivitäten verhältnismäßig stark verbreitet sind und falls ja, welche sind dies?

Rechtsextremismus

11. Wie viele Straftaten wurden in der Stadt Kassel in den Jahren 2010 bis 2020 von Tätern verübt, die dem rechtsextremen Milieu zugeordnet werden können? (Eine chronologische Auflistung wird gewünscht.)
12. Wie viele Festnahmen von Tätern fanden in der Stadt Kassel in den Jahren 2010 bis 2020 statt, die dem rechtsextremen Milieu zugeordnet werden können? (Eine chronologische Auflistung wird gewünscht.)
13. Welche Projekte und Präventionsprogramme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus werden unterstützt bzw. durchgeführt und in welcher Form unterstützt die Stadt Kassel diese?
14. Wie viele Personen des rechtsextremistischen Spektrums werden in der Stadt Kassel als gewaltbereit eingeschätzt und welche Erkenntnisse liegen dem Magistrat diesbezüglich vor?
15. Sind dem Magistrat in der Stadt Kassel Stadtteile bekannt, in denen rechtsextreme Strömungen und entsprechende Aktivitäten verhältnismäßig stark verbreitet sind und falls ja, welche sind dies?

religiös motivierter Extremismus/Islamismus/Salafismus

16. Existieren in der Stadt Kassel Organisationen bzw. Gruppierungen, die dem religiös motivierten Extremismus bzw. dem Islamismus/Salafismus zuzuordnen sind und falls ja, welche sind dies?
17. Wie viele Personen, die der islamistischen/salafistischen Szene zugeordnet werden, befinden sich derzeit in der Stadt Kassel?

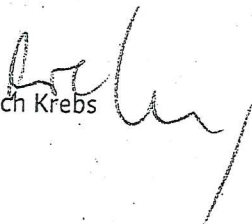
18. Falls Frage Nr. 17 beantwortet werden kann: Wie viele davon werden als gewaltbereit und radikal eingestuft?
19. Liegen der Stadt Kassel Erkenntnisse über den Aufenthalt von IS-Kämpfern im Stadtgebiet vor, welche aus den Bürgerkriegsgebieten in und um Syrien zurückgekehrt sind?
20. Verfügt die Stadt Kassel über ein ressortübergreifendes Konzept zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus bzw. zur Deradikalisierung von betroffenen Personen?
21. Falls Frage 20 bejaht wird: Welche Maßnahmen hat die Stadt Kassel bislang durchgeführt, um Personen, welche als religiös motivierte Extremisten identifiziert wurden, zum Ausstieg zu bewegen und mit welchem Erfolg wurden solche Maßnahmen durchgeführt?
22. Falls Frage 20 verneint wird: Wird in Zukunft ein solches Konzept ggf. in Abstimmung mit anderen Städten, Landkreisen oder dem Land Hessen erarbeitet?
23. Inwieweit sind die Moscheegemeinden in die Maßnahmen zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus eingebunden? (Die Darstellung einer Bewertung dieser Zusammenarbeit wird gewünscht.)
24. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat über die Bedeutung der Schule als Ausgangsort bzw. Umfeld für eine etwaige Radikalisierung von muslimischen Jugendlichen und welchen Konsequenzen zieht sie daraus
25. Beobachtet der Magistrat seit September 2015 einen Anstieg antisemitischen Gedankenguts in der Stadt Kassel und falls ja, worin liegen nach Auffassung des Magistrats die Gründe für diesen wachsenden Antisemitismus?

Stellungnahme:

Die Fragen betreffen die Zuständigkeit des Verfassungs- und Staatsschutzes sowie der Polizei.

Der Magistrat kann diesbezügliche Anfragen nicht beantworten.

Ulrich Krebs



Vorlage Nr. 101.18.1817

24. August 2020
1 von 2

Zahl der Bußgeldverfahren bei Corona-Verstößen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Anzeigen wegen Ordnungswidrigkeiten in Zusammenhang mit Covid-19 sind seit März bei der Stadt Kassel eingegangen?
2. Wie viele dieser Anzeigen wurden durch die Stadt Kassel verfolgt?
3. Wie viele dieser Anzeigen wurden eingestellt und nicht verfolgt und wer hat das mit welcher Begründung entschieden?
4. Wie viele Bußgeldverfahren wurden wegen Verstößen gegen die Corona-Regeln in Kassel eingeleitet?
5. Wo werden die Anzeigen der KVG und Polizei wegen Ordnungswidrigkeiten in Zusammenhang mit Covid-19 bei der Stadt Kassel bearbeitet?
6. Welche Einnahmen durch Bußgeldbescheide sind aktuell zu erwarten?
7. Zu welchen Corona-Regeln führt die Stadt Kassel besonders intensiv Kontrollen durch und wie ist die Erfahrung damit?
8. Was sind die Hauptverstöße, die zu Bußgeldverfahren führen?
9. Stehen die Verstöße eher in Zusammenhang mit Festen und Feiern, z. B. in Parks und im Umfeld von Kneipen oder privaten Veranstaltungen und Alltagshandlungen wie Fahren von Bus und Bahn ohne Maske?
10. Wie bewertet der Magistrat die Situation?

11. Sind ggf. Verschärfungen von Kontrollen geplant?

2 von 2

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender

Dezernat für Ordnung,
Sicherheit und Verkehr

Kassel, 22. September 2020
Herr Eichel
Tel. 3303

Zahl der Bußgeldverfahren bei Corona-Verstößen
Anfrage der CDU-Fraktion
Vorlage Nr. 101.18.1817



Frage 1:

Wie viele Anzeigen wegen Ordnungswidrigkeiten in Zusammenhang mit Covid 19 sind seit März bei der Stadt Kassel eingegangen?

Antwort:

Bis zum 10. September 2020 wurden 381 Verfahren wegen Verstößen gegen das Kontaktverbot eingeleitet und 70 Verfahren wegen Verstößen gegen die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung (MNB) in Geschäften bzw. im öffentlichen Personennah- und -fernverkehr erfasst. Die vorgenannten Zahlen bilden jedoch nicht die Gesamtheit der Verstöße ab, da grundsätzlich einer kommunikativen Strategie gegenüber der Einleitung von Bußgeldverfahren der Vorzug gegeben wurde.

Frage 2:

Wie viele dieser Anzeigen wurden durch die Stadt Kassel verfolgt?

Antwort:

Es wurden bisher bei allen erfassten Anzeigen gegen das Kontaktverbot Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet bzw. werden noch eingeleitet.

Frage 3:

Wie viele dieser Anzeigen wurden eingestellt und nicht verfolgt und wer hat das mit welcher Begründung entschieden?

Antwort:

31 Verfahren mussten bisher nach Aktenlage eingestellt werden. Der häufigste Einstellungsgrund war der Umstand, dass die Beschuldigten ohne festen Wohnsitz waren oder nach unbekannt verzogen sind, sodass die Schreiben der Stadt Kassel nicht zugestellt werden konnten. Die Einstellungsentscheidungen wurden nach Aktenlage vom jeweiligen Sachbearbeiter getroffen.

Frage 4:

Wie viele Bußgeldverfahren wurden wegen Verstößen gegen die Corona-Regeln in Kassel eingeleitet?

Antwort:

Bisher wurden 37 Bußgelder und 10 Verwarngelder festgesetzt.

Frage 5:

Wo werden die Anzeigen der KVG und Polizei wegen Ordnungswidrigkeiten in Zusammenhang mit Covid 19 bei der Stadt Kassel bearbeitet?

Antwort:

Die Anzeigen werden im Ordnungsamt der Stadt Kassel bearbeitet.

Frage 6:

Welche Einnahmen durch Bußgeldbescheide sind aktuell zu erwarten?

Antwort:

Bei der Festsetzung der Bußgeldbeträge ist der Bußgeldkatalog des Landes Hessen maßgebend. Bußgelder für den Erstverstoß gegen das Kontaktverbot werden mit 200,00 Euro geahndet. Bußgelder gegen Personen, die keine Mund-Nasen-Bedeckung beispielsweise in der Straßenbahn oder im Bus tragen, werden beim Erstverstoß mit 50,00 Euro geahndet. Je nachdem, ob es sich um einen Einzelfall oder um wiederholte Zuwiderhandlungen handelt, ist die Festsetzung höherer oder geringerer Bußgelder möglich.

Frage 7:

Zu welchen Corona-Regeln führt die Stadt besonders intensiv Kontrollen durch und wie ist die Erfahrung damit?

Antwort:

Im Rahmen der Kontrolltätigkeiten wird generell die Einhaltung der Corona-Regelungen von den Mitarbeitenden des Ordnungsamtes überwacht. Die Kontrolltätigkeit verteilt sich gleichmäßig auf alle Lebenssachverhalte.

Frage 8:

Was sind die Hauptverstöße, die zu Bußgeldverfahren führen?

Antwort:

Verstöße gegen Kontaktverbot (insbesondere in den Monaten April und Mai) sowie gegen die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in Geschäften bzw. im öffentlichen Personennah- und -fernverkehr.

Frage 9:

Stehen die Verstöße eher im Zusammenhang mit Festen und Feiern, z.B. in Parks und im Umfeld von Kneipen oder privaten Veranstaltungen und Alltagshandlungen wie Fahren von Bus und Bahn ohne Maske?

Antwort:

Verstöße werden in allen Lebensbereichen festgestellt. Überall dort, wo Menschen in größerer Zahl zusammenkommen, werden alleine aufgrund der Anwesenheit einer Vielzahl von Personen eher Verstöße gegen Corona-Regelungen begangen.

Frage 10:

Wie bewertet der Magistrat die Situation?

Antwort:

Der überwiegende Teil der Bevölkerung hält sich an die Regelungen der Corona-Verordnungen des Landes.

Frage 11:

Sind ggf. Verschärfungen von Kontrollen geplant?

Antwort:

Eine Ausweitung der Kontrolltätigkeiten ist, auch aufgrund der zur Verfügung stehenden Personalkapazitäten, nicht geplant.

Im Auftrag



Sven Eichel

Vorlage Nr. 101.18.1827

9. September 2020
1 von 2

Verzicht auf automatisierte Gesichtserkennung

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, stets aktuell zu veröffentlichen, welche Überwachungstechnologien von Ordnungsbehörden und Polizei in der Stadt Kassel eingesetzt werden. Der Einsatz neuer Technologien ist den Stadtverordneten vor dem Einsatz anzukündigen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel erkennt die großen Gefahren und den schweren Eingriff in die Grundrechte und Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger durch den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware. Deswegen schließt sie für ihren Zuständigkeitsbereich den Einsatz von Technologien aus, die Personen anhand biometrischer Merkmale in Videoaufzeichnungen identifizieren und fordert den Oberbürgermeister und die Polizei auf, im Stadtgebiet ebenfalls auf den Einsatz dieser Technologie zu verzichten.
3. Der Magistrat wird aufgefordert, mit der Deutschen Bahn Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel auch am Bahnhof Wilhelmshöhe die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und vor den schwerwiegenden Eingriffen durch die Gesichtserkennung zu schützen.

Begründung:

Videoüberwachung mit Gesichtserkennung ist ein zu hoher Eingriff in die Freiheitsrechte. Die falsch positiven Fehlalarme schaden der Sicherheit mehr als die Überwachung ihr nutzt. Unschuldige Menschen geraten ins Visier.

Mehrere amerikanische Städte haben bereits auf kommunaler Ebene den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware ausgeschlossen. Unter den Städten sind insbesondere Kommunen, in denen viele HighTech-Unternehmen angesiedelt und eine besondere Kompetenz in der Technologiebewertung unterstellt werden kann. San Francisco war die erste Stadt, die die Gesichtserkennung aus der Stadt verbannt hat [1]. Boston ist derzeit die zweitgrößte Stadt mit einem entsprechenden Beschluss. Auch in Oakland, Cambridge und Berkeley darf keine Gesichtserkennungstechnologie eingesetzt werden [2].

Es steht der Stadt Kassel gut zu Gesicht, sich in die Reihe dieser Städte einzugliedern, die Gefahren dieser Technologie erkennt und die Freiheit und Privatsphäre klar vor die Überwachung stellt.

Die Technologien zur Gesichtserkennung sind stark fehlerbehaftet und die Ergebnisse hängen stark von der Hautfarbe ab. Es kommt zu einer hohen Zahl von falschen Erkennungen und falschen Verdächtigungen [3].

Durch die Identifizierung von Personen im öffentlichen Raum werden Bewegungsprofile, das persönliche Umfeld und persönliche Gewohnheiten staatlich überwacht. Technologisch ist auch die Analyse des Gemütszustands möglich. Das Missbrauchspotential ist riesig und hat in den genannten US-Städten bereits zum Ausschluss der Technologie geführt.

Quellen:

[1] <https://www.fr.de/wissen/ueberwachungssysteme-francisco-verbietet-gesichtserkennung-12286332.html>

[2] <https://www.welivesecurity.com/2020/06/25/boston-facial-recognition-technology-banned-another-us-city/>

[3] <https://netzpolitik.org/2018/diskriminierende-gesichtserkennung-ich-sehe-was-was-du-nicht-bist/>

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Volker Berkhout

gez. Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender

8. September 2020
1 von 2

Vorlage Nr. 101.18.1830

Integration von Zuwanderern

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Seit Juli 2015 kamen in kürzester Zeit mehr als zwei Millionen Zuwanderer in die Bundesrepublik Deutschland, die in der Regel Asylanträge stellten und nach einem festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer bzw. Kommunen verteilt wurden. Die Bundesregierung behauptete über einen langen Zeitraum, dass es sich bei diesen Personen ganz überwiegend um „Fachkräfte“ handelt, deren Integration binnen kürzester Zeit problemlos gelingen würde. Inzwischen sind fast fünf Jahre vergangen, so dass die Ergebnisse der Integrationsbemühungen beurteilbar sein sollten.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele der seit 01. Juli 2015 als „Schutzsuchende“ in die Bundesrepublik Deutschland eingereiste Personen wurden der Stadt Kassel insgesamt zugewiesen?
2. Wie viele der unter 1. aufgeführten Personen leben derzeit in Kassel?
3. Wie ist der aktuelle Aufenthaltsstatus der unter 2. genannten Personen (anerkannte Asylbewerber, ausreisepflichtige Personen, subsidiär Schutzberechtigte etc.)?
4. Wie viele der unter 2. genannten Personen haben erfolgreich einen Deutschkurs besucht und wie sind deren nachgewiesene Sprachkenntnisse gemäß dem europäischen Referenzrahmen?
5. Wie viele der unter 2. genannten Personen haben eine abgeschlossene nachgewiesene Schulbildung in ihrem Heimatland (Bitte mit Angabe des jeweiligen Abschlusses)?

6. Wie viele der unter 2. genannten Personen haben eine abgeschlossene nachgewiesene Berufsausbildung in ihrem Heimatland (Bitte mit Angabe des jeweiligen Ausbildungsberufs)?
7. Wie viele der unter 2. genannten Personen haben in ihrem Heimatland nachweisbar ein Studium abgeschlossen (Bitte mit Angabe der jeweiligen Fachrichtung)?
8. Bei wie vielen der unter 5. bis 7. genannten Personen wurde die jeweilige Qualifikation in der Bundesrepublik als gleichwertig anerkannt?
9. Wie viele der unter 2. genannten Personen erhalten Transferleistungen?
10. Wie viele der unter 2. genannten Personen – soweit sie zwischen 18 und 65 Jahre alt sind – befinden sich derzeit in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis?
11. Wie viele der unter 10. genannten Personen erhalten zusätzliche Transferleistungen (Bitte mit Angabe in absoluter Häufigkeit und in Prozent)?
12. Wie viele der unter 10. genannten sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen befinden sich in einem Beschäftigungsverhältnis entsprechend ihrer beruflichen Qualifikationen?

Um schriftliche Beantwortung wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Michael Werl

gez. Michael Werl
Fraktionsvorsitzender

Magistrat der Stadt Kassel
Dezernat für Bürgerangelegenheiten und Soziales

Kassel, 15. September 2020



Anfrage der AfD-Fraktion vom 8. September 2020
Vorlage Nr. 101.18.1830
Integration von Zuwanderern



Seit Juli 2015 kamen in kürzester Zeit mehr als zwei Millionen Zuwanderer in die Bundesrepublik Deutschland, die in der Regel Asylanträge stellen und nach einem festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer bzw. Kommunen verteilt wurde. Die Bundesregierung behauptete über einen langen Zeitraum, dass es sich bei diesen Personen ganz überwiegend um „Fachkräfte“ handelt, deren Integration binnen kürzester Zeit problemlos gelingen würde. Inzwischen sind fast fünf Jahre vergangen, so dass die Ergebnisse der Integrationsbemühungen beurteilbar sein sollten.

1. Frage:

Wie viele der seit 1. Juli 2015 als „Schutzsuchende“ in die Bundesrepublik Deutschland eingereisten Personen wurden der Stadt Kassel insgesamt zugewiesen?

Antwort:

Der Stadt Kassel wurden seit 2015 nach dem Landesaufnahmegesetz folgende Anzahl an Personen zugewiesen:

Jahr	Personen
2015	973
2016	1.215
2017	299
2018	328
2019	173

2. Frage:

Wie viele der unter 1. aufgeführten Personen leben derzeit in Kassel?

Antwort:

Es kann nur dargestellt werden, wie sich die Zahlen der Personen mit humanitärem Aufenthalt seit 2015 entwickelt haben. Diese Zahlen beinhalten aber auch sehr viele Umzüge nach und weg von Kassel z.B. aufgrund geänderter oder weggefallener Wohnsitzauflagen. Zahlen, wie viele der aufgenommenen Personen tatsächlich noch selbst in Kassel wohnen, gibt es nicht und können auch nicht geschätzt werden

Entwicklung der absoluten Zahlen (Personen mit humanitärem Aufenthaltsrecht in der Stadt Kassel). Die Statistik wurde erst ab Mai 2015 erstellt:

12/2015: 2.661

12/2016: 3.935

12/2017: 6.488

12/2018: 7.559

12/2019: 8.294

08/2020: 8.626

3. Frage:

Wie ist der aktuelle Aufenthaltsstatus der unter 2. genannten Personen (anerkannte Asylbewerber, ausreisepflichtige Personen, subsidiär Schutzberechtigte etc.)?

Antwort:

Ausschließlich bezogen auf die unter Frage 1 genannten zugewiesenen Personen gibt es keine Statistik.

Aktuell leben 5.527 Asylberechtigte bzw. Personen mit Flüchtlingseigenschaft und 1.497 subsidiär Schutzberechtigte in Kassel. Darüber hinaus wurden bei 621 Personen Abschiebungshindernisse festgestellt. Auch diese besitzen einen humanitären Aufenthaltstitel. Kleinere Zahlen sonstiger humanitärer Aufenthaltsrechte kommen hinzu (z.B. 647 weitere unbefristete humanitäre Niederlassungserlaubnisse). Ausreisepflichtig sind derzeit 334 Personen (Stand: 30.8.2020).

4. Frage:

Wie vieler der unter 2. genannten Personen haben erfolgreich einen Deutschkurs besucht und wie sind deren nachgewiesene Sprachkenntnisse gemäß dem europäischen Referenzrahmen?

Antwort:

Prinzipiell wird jeder Schutzsuchende im Verlaufe des Verfahrens zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet. Eine nicht abgeschlossene Teilnahme / Antritt eines Kurses erfolgt i.d.R. nur aus zwei Gründen: Entweder kam es bereits zu einer Arbeitsaufnahme, oder medizinische / gesundheitliche Gründe verhindern diese.

Eine genaue Aussage zum Datenstand kann durch das Jobcenter Stadt Kassel nicht getroffen werden, da Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Integrationskurses die keine Regelleistungen erhalten nicht erfasst sind. Nähere statistische Auskünfte – auch zum nachgewiesenen Sprachniveau nach GER – erteilt das BAMF.

5. Frage:

Wie viele der unter 2. genannten Personen haben eine abgeschlossenen nachgewiesenen Schulbildung in ihrem Heimatland (Bitte mit Angabe des jeweiligen Abschlusses)?

Antwort:

In einigen Ländern ist es üblich, dass Originalzertifikate in den Bildungseinrichtungen verbleiben und Absolventen lediglich eine beglaubigte Kopie hiervon erhalten. Durch Zerstörung und Verwüstung des Bürgerkriegs sind diese Originale teilweise unwiederbringlich verloren.

Glaubhafte Kenntnisse von Schulbildung (erfolgte Alphabetisierung, mathematische Kenntnisse, Allgemeinbildung etc.) können ebenfalls als Nachweis anerkannt werden; obliegen aber der abschließenden Beurteilung durch das staatliche Schulamt, Kultusminister Konferenz oder dem IQ Netzwerk – Daten nicht bekannt.

6. Frage:

Wie viele der unter 2. genannten Personen haben eine abgeschlossene nachgewiesenen Berufsausbildung in ihrem Heimatland (Bitte mit Angabe des jeweiligen Ausbildungsberufs)?

Antwort:

Anerkannte Zertifikate des Abschlusses sind der Frage 8 zuzuordnen.

7. Frage:

Wie viele der unter 2. genannten Personen haben in ihrem Heimatland nachweisbar ein Studium abgeschlossen (Bitte mit Angabe der jeweiligen Fachrichtung)?

Antwort:

Hierzu liegen keine Statistiken vor.

8. Frage:

Bei wie vielen der unter 5. bis 7. genannten Personen wurde die jeweilige Qualifikation in der Bundesrepublik als gleichwertig anerkannt?

Antwort:

Hierzu liegen uns keine Aussagen vor.

Einen besseren Überblick über die erfolgten Anerkennungen und deren Gleichwertigkeit können die entsprechenden Stellen geben. Alternativ auch die IQ Anerkennungsberatung des Landes Hessen.

9. Frage:

Wie viele der der unter 2. genannten Personen erhalten Transferleistungen?

Antwort:

Derzeit beziehen noch 174 Personen, die der Stadt Kassel in den Jahren 2015/2016 zugewiesen wurden, Leistungen nach dem AsylbLG. Im Bereich SGB II waren im April 2020 rd. 3.800 Personen mit Fluchthintergrund im Leistungsbezug (Zuzug ab 2015).

10. Frage:

Wie viele der unter 2. genannten Personen – soweit sie zwischen 18 und 65 Jahre alt sind – befinden sich derzeit in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis?

Antwort:

Lässt sich statistisch so nicht abbilden, da aus Gründen des Sozialdatenschutzes entsprechende Kennungen nicht gesetzt werden. Im Allgemeinen liegt im Bereich Flucht & Migration die Integrationsquote jedoch signifikant höher, als in anderen Vermittlungsteams des Jobcenters Stadt Kassel.

Bei der aufgeführten Auswertung handelt es sich um Personen, die zu einem bestimmten Stichtag in Deutschland einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen und mit einer der acht Staatsangehörigkeiten (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia oder Syrien) gemeldet sind. Dabei muss es sich nicht um Geflüchtete handeln, denn wir haben keine Angaben darüber, wie lange sich diese Personen bereits in Deutschland aufhalten.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Arbeitsort (AO) im Alter von 18 bis unter 65 Jahren

AA Kassel

Zeitreihe, jeweils 31.12. eines Jahres

AA Kassel

Staatsangehörigkeit	Berufsabschluss		2015	2016	2017	2018	2019
			1	2	3	4	5
Insgesamt	Insgesamt	1	204.607	206.916	211.256	213.583	215.593
	Ohne Berufsabschluss	2	23.427	23.902	24.765	25.079	26.067
	Anerkannter Berufsabschluss ²¹	3	136.940	138.096	140.314	140.997	140.940
	Akademischer Berufsabschluss ²¹	4	25.751	27.006	28.225	29.572	30.770
	Keine Angabe ²¹	5	18.489	17.912	17.952	17.935	17.816
dar. Asylherkunftsländer (Top 8) ²¹	Insgesamt	6	671	931	1.748	2.240	2.770
	Ohne Berufsabschluss	7	276	404	771	1.051	1.290
	Anerkannter Berufsabschluss ²¹	8	146	165	225	301	412
	Akademischer Berufsabschluss ²¹	9	123	138	187	244	324
	Keine Angabe ²¹	10	126	224	565	644	744

Erstellungsdatum: 16.09.2020, Statistik-Service Südwest, Auftragsnummer 306846

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

11. Frage:

Wie viele der unter 10. genannten Personen erhalten zusätzliche Transferleistungen (Bitte mit Angabe in absoluter Häufigkeit und in Prozent)?

Antwort:

Dies ist statistisch nicht abbildbar.

Ilona Friedrich
Bürgermeisterin

AfD

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

8. September 2020
1 von 2

Vorlage Nr. 101.18.1831

Die salafistische Szene in Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Ismail Tipi kritisiert in einem Beitrag vom 31.12.2019 auf der Internetseite „Tichys Einblick“ den islamischen Salafismus:

<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/ismail-tipi-klartext/viele-frauen-noch-mehr-kinder-die-salafistische-geburten-strategie/> (zuletzt aufgerufen am 28.08.2020).

Zum Ende des Artikels, der mögliche Wege der Radikalisierung und neueste Entwicklungen innerhalb der salafistischen Szene beleuchtet, erhebt Tipi folgende Forderungen, deren Umsetzung er für „dringend“ geboten hält:

1. Das Verbot aller salafistischen Aktivitäten durch bundesweites Betätigungsverbot.
2. Das Schließen salafistischer Hinterhofmoscheen.
3. Die rechtsstaatliche Verfolgung und Verurteilung aller Hassprediger und Hinterhof-Imame, insbesondere die steuer- und strafrechtliche Verfolgung von Pierre Vogel und seinen Gesinnungsgenossen.
4. Die Einführung eines Schleier- und Kopftuchverbots für Mädchen unter 14 Jahren in Kindergarten und Schulen im Sinne der Religionsmündigkeit und Religionsfreiheit unseres Grundgesetzes.
5. Die Verstärkung der Aufklärungs- und Präventionsarbeit und den Ausbau von Aussteigerprogrammen zum Schutze der Bürgerinnen und Bürger und zum Wohle der Demokratie.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie schätzt der Magistrat die Entwicklung der salafistischen Szene in Kassel in den letzten zehn Jahren ein? 2 von 2
2. Welche Rolle spielt die Stadt Kassel für die salafistische Szene in Nordhessen?
3. Welche Moscheen oder islamischen Gebetsräume im Kasseler Stadtgebiet sind in der Vergangenheit durch salafistische Propaganda aufgefallen?
4. Welche Meinung vertritt die Stadt Kassel hinsichtlich eines möglichen Schleier- und Kopftuchverbots für Mädchen unter 14 Jahren?
5. Hat der Salafismus in Kassel in den vergangenen Jahren durch die verstärkte Aufnahme von Asylbewerbern, insbesondere seit 2015, neuen Zulauf erfahren?
6. Mit welchen Programmen der Aufklärungs- und Präventionsarbeit hinsichtlich des Salafismus wird in Kassel gearbeitet und seit wann?
7. Wie viele Personen konnten im Rahmen dieser Aufklärungs- und Präventionsarbeit zum Ausstieg aus der salafistischen Szene bewegt werden?
8. Welche weiteren Erfolge konnten durch diese Programme bisher erreicht werden?
9. Welche präventiven Projekte mit „lokalen Kooperationspartnern, Moscheegemeinden und Kulturvereinen etc.“ wurden bisher in Kassel gefördert?
10. Werden entsprechende Initiativen im Rahmen des Hessischen sowie Deutschen Städtetages von der Stadt Kassel vorangetrieben?
11. Welche Arten von Extremismus sieht der Magistrat aktuell als größte Herausforderungen für die Stadt Kassel an?

Um schriftliche Beantwortung wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Michael Werl

gez. Michael Werl
Fraktionsvorsitzender

- 32 -

Ordnungsamt

Stadt Kassel – Magistrat Dezernat III	
Eing.	21. Sep. 2020 <i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/> -32- <input type="checkbox"/> -36- <input type="checkbox"/> -37- <input type="checkbox"/> -66- <input type="checkbox"/> -70-	

An

- III -

Kassel, 21. September 2020
Herr Krebs
Tel. 7065

Stadtverordneten-Versammlung Kassel
Eing: 01. SEPT 2020
<i>Ura</i>

Anfrage der AfD-Fraktion vom 8. September 2020 zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
Vorlage Nr. 101.18.1831 – salafistische Szene in Kassel
Fragesteller: Stadtverordneter Michael Werl

Anfrage:

Der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Ismail Tipi kritisiert in einem Beitrag vom 31.12.2019 auf der Internetseite „Tichys Einblick“ den islamischen Salafismus:
<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/ismail-tipi-klartext/viele-frauen-nochmehr-kinder-die-salafistische-geburten-strategie/> (zuletzt aufgerufen am 28.08.2020).

Zum Ende des Artikels, der mögliche Wege der Radikalisierung und neueste Entwicklungen innerhalb der salafistischen Szene beleuchtet, erhebt Tipi folgenden Forderungen, deren Umsetzung er für „dringend“ geboten hält:

1. Das Verbot aller salafistischen Aktivitäten durch bundesweites Betätigungsverbot.
2. Das Schließen salafistischer Hinterhofmoscheen.
3. Die rechtsstaatliche Verfolgung und Verurteilung aller Hassprediger und Hinterhof-Imame, insbesondere die steuer- und strafrechtliche Verfolgung von Pierre Vogel und seinen Gesinnungsgenossen.
4. Die Einführung eines Schleier- und Kopftuchverbots für Mädchen unter 14 Jahren in Kindergarten und Schulen im Sinne der Religionsmündigkeit und Religionsfreiheit unseres Grundgesetzes.
5. Die Verstärkung der Aufklärungs- und Präventionsarbeit und den Ausbau von Aussteigerprogrammen zum Schutze der Bürgerinnen und Bürger und zum Wohle der Demokratie.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie schätzt der Magistrat die Entwicklung der salafistischen Szene in Kassel in den letzten zehn Jahren ein?
2. Welche Rolle spielt die Stadt Kassel für die salafistische Szene in Nordhessen?
3. Welche Moscheen oder islamischen Gebetsräume im Kasseler Stadtgebiet sind in der Vergangenheit durch salafistische Propaganda aufgefallen?
4. Welche Meinung vertritt die Stadt Kassel hinsichtlich eines möglichen Schleier- und Kopftuchverbots für Mädchen unter 14 Jahren?
5. Hat der Salafismus in Kassel in den vergangenen Jahren durch die verstärkte Aufnahme von Asylbewerbern, insbesondere seit 2015, neuen Zulauf erfahren?
6. Mit welchen Programmen der Aufklärungs- und Präventionsarbeit hinsichtlich des Salafismus wird in Kassel gearbeitet und seit wann?

7. Wie viele Personen konnten im Rahmen dieser Aufklärungs- und Präventionsarbeit zum Ausstieg aus der salafistischen Szene bewegt werden?
8. Welche weiteren Erfolge konnten durch diese Programme bisher erreicht werden?
9. Welche präventiven Projekte mit „lokalen Kooperationspartnern, Moscheegemeinden und Kulturvereinen etc.“ wurden bisher in Kassel gefördert?
10. Werden entsprechende Initiativen im Rahmen des Hessischen sowie Deutschen Städtetages von der Stadt Kassel vorangetrieben?
11. Welche Arten von Extremismus sieht der Magistrat aktuell als größte Herausforderungen für die Stadt Kassel an?

Antwort:

Soweit die Zuständigkeit der Staats- und Verfassungsschutzbehörden betroffen ist, kann der Magistrat die Fragen inhaltlich nicht beantworten.

Im Übrigen ist eine Beantwortung der Fragen durch das Ordnungsamt wegen fehlender sachlicher Aufgabenzuweisung nicht möglich.



Ulrich Krebs

Wir für Kassel

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 2523
Telefax 0561 88104966
info@wirfuerkassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1836

8. September 2020
1 von 1

Musik in der Gaststätte Bootshaus

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Wir fragen den Magistrat:

Warum verfügt der Magistrat für die Gaststätte Bootshaus das Unterlassen von Musikdarbietungen im Wirtschaftsgarten und in desgleichen aus dem umbauten Gastronomiebetrieb heraus und geht nicht gegen die angeblich sechs Tänzer vor, die gegen das Tanzverbot verstoßen haben?

Begründung erfolgt mündlich.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

gez. Dr. Bernd Hoppe
Fraktionsvorsitzender

Wir für Kassel

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 2523
Telefax 0561 88104966
info@wirfuerkassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1837

8. September 2020
1 von 1

Fahrradstraße Schillerstraße

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Wir fragen den Magistrat:

An welchen Tagen seit der Einrichtung einer Fahrradstraße in der Schillerstraße wurden dort Verkehrskontrollen durchgeführt?

Wie viele Verkehrsverstöße wurden festgestellt?

Begründung erfolgt mündlich.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

gez. Dr. Bernd Hoppe
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.1838

8. September 2020
1 von 2

Flexiblere Arbeitszeitregelungen und mehr Geschlechtergerechtigkeit für Beschäftigte der Stadt Kassel

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen und in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Beschäftigten der Stadt Kassel können den Beginn ihrer Arbeitszeit, dort wo es der Arbeitsablauf zulässt, frei wählen. Beschäftigten, die ihre Arbeit erst nach 9 Uhr morgens beginnen, entstehen durch den späteren Arbeitsbeginn keine Nachteile.

Führungspositionen werden so gestaltet, dass sie auch in Teilzeit ausgeübt werden können. Führen im Team wird gefördert. Beschäftigte in Führungspositionen können ohne Nachteile befürchten zu müssen ihre Arbeitszeit reduzieren. Teilzeitbeschäftigte haben bei vergleichbarer Qualifikation gleiche Chancen auf Beförderung wie die Vollzeitbeschäftigten, auch wenn sie weiterhin in Teilzeit arbeiten möchten. Teilzeitbeschäftigte werden ermuntert sich auf Führungspositionen zu bewerben.

Begründung:

Flexiblere Arbeitszeiten erleichtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und entzerren den Berufsverkehr. Die sehr hohe Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel mit oft übervollen Bussen und Bahnen in der Zeit zwischen 7 Uhr und 9 Uhr morgens könnte mit flexibleren Anfangszeiten reduziert werden. Außerdem wird ein flexiblerer Arbeitsbeginn dem unterschiedlichen Biorhythmus der Beschäftigten besser gerecht und trägt so zu einem besseren Gesundheitszustand der Beschäftigten bei.

<https://www.br.de/wissen/chronobiologie-gesundheit-folgen-innere-uhr-biorhythmus-schlaf-100.html>

Bisher sind Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert. Die Möglichkeit des Führens im Team und in Teilzeit erleichtert eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung und kann so dazu beitragen den Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich zu erhöhen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender Kasseler Linke



Vorlage Nr. 101.18.1852

17. September 2020
1 von 1

Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der Stadt Kassel

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung und in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der Stadt Kassel wird dahingehend geändert, dass der Seniorenbeirat und Behindertenbeirat die gleichen Rechte wie der Ausländerbeirat erhalten und für jeden Ortsbeirat eine/n Vertreter/in und eine/n Stellvertreter/in benennen dürfen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Petra Ullrich

gez. Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender